



öffentlich

**Betreff:**

Kiffende Sportschüler

**Einreicher:** Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 19.11.2012

Eingang 902:

**Beratungsfolge:**

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.12.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich beim Staatlichen Schulamt dafür einzusetzen, dass die Entscheidung des Lehrerkollegiums der Potsdamer Sportschule, mehrere Schüler wegen Cannabiskonsums von der Schule zu verweisen, gründlich überprüft wird.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, dem Lehrerkollegium Weiterbildungsangebote zur Suchtprävention zu unterbreiten, die Lehrer/innen befähigen, Suchtverhalten von Schülern zu erkennen und darauf effektiv zu reagieren. Dabei ist die städtische Fachstelle für Suchtprävention des Chill Out e.V. einzubeziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist bis zum Januar 2013 über den Sachstand zu informieren.

gez. Christine Anlauff  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Lokalpresse berichtete vor einigen Tagen über einen Vorfall an der Potsdamer Sportschule. Fünf Jugendliche waren Ende Oktober beim Rauchen von Cannabis erwischt worden. Nach Anhörung und auf Beschluss der Lehrerkonferenz wurde gegen alle Sportschüler ein Schulverweis ausgesprochen, über den nun endgültig das Staatliche Schulamt entscheiden wird.

Mit dem Schulverweis ahndete die Lehrerschaft ein durchaus jugendtypisches Verhalten mit der höchstmöglichen Strafe. Das ist auch vor dem Hintergrund schwer verständlich, dass die Lehrerkonferenz vor einem Jahr Sportschülern, die andere Schüler gewalttätig angegriffen und eingeschüchtert hatten, eine zweite Chance gab.

Es entsteht der Eindruck, dass das harte Vorgehen eher den Ruf der Schule retten soll, als dass es auf einer vernünftigen Entscheidung basiert, die auch die Belange der Jugendlichen hinreichend berücksichtigt.

Ganz offensichtlich sind die Lehrer der Sportschule beim Umgang mit Fällen von Drogenkonsum überfordert und benötigen kompetente Beratung durch die städtische Suchtpräventionsfachstelle.